

Fórum 1:

Rio Tapajós – Regionale Kämpfe von Traditionellen Völkern und Gemeinschaften

Input: Marquinho Mota (FAOR) e Cleber Buzatto (CIMI)

Moderation: Uta Grunert (KoBra)

Protokoll: Vera Müller-Plantenberg

Anmerkung: Ademir Kabá Munduruku konnte aus Krankheitsgründen leider nicht anreisen. Er war ursprünglich als Referent vorgesehen. Marquinho Mota von der Nichtregierungsorganisation Ostamazonisches Forum FAOR gab stellvertretend einen Input über den Kampf der Munduruku am Tapajós. Doch zunächst präsentierte der Generalsekretär des CIMI Cleber Buzatto einen Überblick über die geplanten rechtlichen Änderungen, mit denen die Indigenen Völker Brasiliens derzeit konfrontiert sind.

Brasilien hat sich als Global Player ein Wirtschaftswachstums- und Entwicklungsmodell verordnet, das ökologische, menschenrechtliche und soziale Schäden unberücksichtigt lässt. Die Frage um rechtliche Absicherungen und Schutz traditioneller Völker in ihren Territorien soll auf der politischen Bühne derzeit neu verhandelt werden.

Cleber Buzatto: PEC 215 – Beschneidung der Territorialrechte Indigener und Quilombolas und Zugriff auf natürliche Ressourcen

Zunächst ein Zitat von Elo Wiecko, der Vize-Generalstaatsanwältin „Procuradora Geral“ der Republik PGR 11 PP, vom 26/11/2015, als sie in der 6sten Kammer vor ca. 400 Indigenen Vertretern von 30 Völkern sprach:

„Infelizmente os direitos, que a gente diz, que foram assegurados na constituição de 1988 não estão consolidadas. A constituição, por si, não é suficiente. A lei não é suficiente. No fundo há um conflito de modelos econômico, político e jurídico que não foi superado, e esse conflito não se resolve em atos de conciliação. Ele se resolve na luta.”

Das markanteste Motiv für die Attacken gegen Indigene, Quilombos und Traditionelle Völker sind die Anstrengungen der Wirtschaft, der Unternehmen des Agrobusiness und der Bergbauindustrie eine höhere Gewinnakkumulation zu erlangen. Ziel ist es, die Anerkennung territorialer Exklusivrechte für Indigene, Quilombolas und Traditionelle Völker zu verhindern. Wirtschaftliche Interessen (s.o.) planen, in die Ländereien einzudringen, um die Ressourcen zu kommerzialisieren, - die Ressourcen, die durch ebendiese Völker und ihre Nutzung geschützt sind.

Dabei finden die Attacken auf allen Ebenen der Staatsgewalt statt: Legislative, Rechtsprechung und Executive.

Im Bereich der Legislative wird gerade die Verfassungsänderung PEC 215 vorangetrieben. Diese sieht vor, die Umsetzung der Verfassung in Bezug auf territoriale Rechte Indigener und Quilombolas von der Behörde für indigene Angelegenheiten Funai auf den Kongress zu

übertragen. Damit könnten jeweils per Gesetz Einzellösungen oder Ausnahmen verabschiedet werden. Die Verfassungsänderung wäre ein massiver Einschnitt in den Minderheitenschutz Brasiliens.

Der am 27. Oktober 2015 vom Sonderausschuss zugestimmte Vorlagentext des Berichtes ist noch weitreichender als die vorherigen Texte zur Verfassungsänderung und enthält nun auch legale Instrumente zum Eindringen und Ausbeuten der Länder der Indigenen und Traditionellen Völker. Jetzt geht es um eine grundsätzliche Änderung des Rechts auf Nutzung der Ressourcen. Bis dato liegen die Nutzungsrechte in den indigenen Territorien exklusiv bei den Völkern (indigene und traditionelle respektive) und sind in der Verfassung garantiert. Nun soll das Konzept gekippt werden, indem die Nutzungsrechte indirekt auch über andere Personen oder Unternehmen ausgeführt werden können, wie z.B. Verpachtung. Auf diese Weise soll die Ausbeutung der Wasserkraft, des Bergbaus und des Holzes erleichtert werden.

Über den selben Mechanismus waren schon zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts die Indigenen Völker in Mato Grosso do Sul vertrieben worden und die Ländereien dann in den 60er Jahren von den Großgrundbesitzern aufgekauft worden. Seit 1968 sind die Caingaras dabei, ihre Ländereien wiederzuerlangen.

Die Gefahr ist, dass der PEC 215 nun im Kongress zugestimmt wird, wobei der Termin der Abstimmung bisher nicht feststeht. Im Kongress sitzen aus den verschiedenen Parteien viele Vertreter*innen des Agrobusiness. Derzeit sind dies 200 der 531 Abgeordneten. Zur Verfassungsänderung braucht es 308 bejahende Stimmen in zwei Wahlgängen. Danach muss auch der Senat mit 49 von 81 Stimmen zustimmen, der ausnahmsweise einen größeren Anteil an Vertreter*innen hat, die den Indigenen Völkern positiv gesinnt sind. Aber es muss noch viel Arbeit geleistet werden, um auch dort eine Zustimmung für die PEC 215 zu verhindern. Dann gibt es noch die Möglichkeit, dass die Präsidentin ein Veto einlegt und der Oberste Gerichtshof die Entscheidung annulliert.

Seit Oktober kommen immer mehr Indigene Vertreter nach Brasilia, um vor Ort gegen die PEC 215 Einfluss zu nehmen.

Die Rechtsprechung agiert in letzter Zeit immer restriktiver in ihren Urteilen zur Anerkennung von Demarkationen von Terras Indigenas, insbesondere, weil die Auslegung der Definition der „Terra Indigena“ jetzt an einen Zeitrahmen geknüpft wird: Terras Indigenas sollen zum Zeitpunkt der Verfassung nachweislich von Indigenen Völkern besetzt gewesen sein, oder es soll aktenkundlich ein Prozess oder eine Kampfhandlung um die Gebiete gegeben haben. Zur damaligen Zeit unterlagen die Völker jedoch der Vormundschaft und waren als solche nicht rechtsfähig, konnten also gar keinen Prozess anstrengen.

Die Regierung Dilma ist die Regierung, die die geringste Zahl an Demarkierungen von Terras Indigenas vorgenommen hat und gleichzeitig versucht, die Akteure zu kriminalisieren, um so die Aktivitäten im Kongress und in der Rechtsprechung zu legitimieren.

Die traditionellen Völker sind im Gegensatz zu den Indigenen Völkern weniger mobilisiert für den Kampf gegen die PEC215. Dies muss noch mehr aktiviert werden.

Insgesamt ist bei dem Kampf gegen die Attacken der „Ruralistas“ das zentrale Element der Kampf der Völker selbst. Und der muss systematisch und permanent organisiert sein. Es gibt schon Erfolge, denn ohne unseren Kampf wären die PEC215 schon verabschiedet. Der Widerstand braucht jede Form von weiterer Unterstützung. Internationale Aktionen, Berichte wirken. Die Brasilianische Regierung, Legislative und Jurisdiktion reagieren darauf. So kann z.B. der Boykott von Produktion wie Soja aus Brasilien oder Fleisch (Soja wird bei uns als Futtermittel eingesetzt) eine wirksame Aktion sein. Cleber ergänzt noch, dass bei Überlegungen zum Boykott von Fleisch und Soja der größte Fleischverarbeiter der Welt, das brasilianische Unternehmen JBS („Friboi“) unter die Lupe genommen werden muss.

Marquinho Mota: Kampf gegen Staudämme am Tapajós. Munduruku setzen Verfassungsrecht auf Land durch Selbst-Ausweisung um

Der Bau eines der sieben geplanten Wasserkraftwerke am Tapajós soll 500 km südlich von Santarém bei São Luiz do Tapajós, auf halbem Weg nach Jacareacanga realisiert werden. Hierzu hat es einige Voruntersuchungen gegeben, aus denen z.B. Kartenmaterial entwickelt wurde. Auf den Karten der großen energieproduzierenden Firmen zum Überflutungsgebiet tauchen die sieben existierenden Indigenen Dörfer, in denen ungefähr 1.500 Munduruku wohnen, nicht auf. Die Munduruku in diesem Gebiet sind nicht nur vom Bau des Staudamms bedroht, sondern auch von illegalem Holzeinschlag, sowie 300 illegalen Goldschürfern. Dieser Bedrohung der Bevölkerung hat die Polizei nichts entgegenzusetzen. Die Bundesstaatliche Polizei weigerte sich beispielsweise mit Verweis auf die Sicherheitssituation, den Bitten der Munduruku nachzukommen und die Polizei zu schicken.

Es liegt ein Dokument zur Demarkierung der Terra Indígena Sawré Muybu und der TI Daje Kapap Eipi bei der FUNAI vor. Es wird jedoch nicht unterschrieben, mit der Begründung, dass das Wasserkraftwerk auf dieser Fläche installiert werden soll.

Als 2013 in Itaituba die Regierung die Ausschreibung für den Bau des Wasserkraftwerkes ankündigte, baten die Munduruku FAOR, sie bei ihrer „Selbst-Demarkation“ zu unterstützen. Es gab kaum Geld, aber ein Wissenschaftler konnte gewonnen werden, der die Munduruku bei ihren Arbeiten begleitete. So zogen zunächst 40 „Kämpfer“ in den Wald, um die Vermessungen der territorialen Grenzen vorzunehmen. Im Verlauf der Zeit waren es 100, die auch aus anderen Regionen kamen, um die Arbeit zu unterstützen. Die Darstellung der Selbst-Demarkation wurde auf Munduruku und Portugiesisch abgefasst und der Regierung ausgehändigt. Die ganze Arbeit hat sehr dazu beigetragen, das Volk der Munduruku zu einigen und dient dem Zweck, den Bau des Wasserkraftwerkes zu stoppen, was sie auch schaffen werden.

Der Kontakt zur Regierung ist äußerst schwierig. Die Regierung sagt immer, dass die Munduruku nicht reden wollen. Demgegenüber sagen die Munduruku, dass die Bedingungen zur Unterredung geklärt sein müssen. Denn die Erfahrungen mit der Regierung sind schlecht: Zur Ausweisung der Staudammvorhaben hatte die Regierung eine Aktion im Gebiet der Munduruku unternommen, wobei ein Munduruku getötet worden war. Später waren fünf Wissenschaftler ins Gebiet der Munduruku eingedrungen, um für eine Firma ein Umweltgutachten im Rahmen der Abschätzung der Wasserkraftwerkbaus zu erstellen. Da die Munduruku nicht konsultiert worden waren, haben sie die Wissenschaftler als Eindringlinge betrachtet und ihnen den Zugang verwehrt. Dies führte zur Ausrufung des Notstands und mit massiver Polizeigewalt wurden den Wissenschaftlern Zugang zum Gebiet verschafft.

Die Munduruku sagen, dass Studien sein können, aber eine Ausschreibung ohne die entsprechenden freien, informierten Vorab-Konsultationen nicht stattfinden darf. Die technische Sprache rund um den Staudambau ist kaum in die Sprachkultur der Munduruku zu übersetzen, die nicht einmal ein Wort für Staudamm besitzt.

Innerhalb des Kampfes gegen das Wasserstaudammprojekt haben sich auch Extraktivista-Gemeinden engagiert. Auf drei verschiedenen Regionalen Versammlungen kamen die Munduruku zusammen und auch Extraktivista, um den Plan zu besprechen. Auf einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung in Itaituba waren es 800 Personen. Gemeinsam mit den Ribeirinhos sind 25 „Kämpfer“ Anfang 2015 nach Brasília gefahren, um dort das Dokument der Autodemarkation dem Minister der Staatskanzlei, dem Energieminister, der FUNAI und anderen Institutionen zu übergeben. Die Fahrt dauert mit dem Bus je 4 Tage in eine Richtung. So haben sie der Regierung das Argument genommen, sie seien nicht gesprächsbereit. Es geht allerdings um die Konditionen der Gesprächsführung. Noch immer wurde ihrer Bitte nicht nachgegangen, eine Übersetzung der Konvention 169 in Munduruku zu erstellen. Es gibt

insgesamt 13.000 Munduruku. Bis jetzt haben die Munduruku weder Antwort auf ihr Dokument noch eine Übersetzung der Konvention 169 der ILO erhalten.

Die Weisen der Munduruku haben außerdem ihre kritischen Beobachtungen zur Umweltverträglichkeitsstudie formuliert und niedergeschrieben und der Regierung in Brasilia übergeben.

Aktuell planen die Munduruku die Bewachung der Grenzen ihres Territoriums. Beobachter befürchten einen blutigen Ausgang, insbesondere angesichts der schwer bewaffneten illegalen Goldsucher und der Holzfäller.

Interessant ist der blog da autodemarcação <https://autodemarcacaoonotapajos.wordpress.com/>, den die Munduruku erstellen, die in der Stadt leben und Internetzugang haben.

Auf der COP 21 in Paris wird eine Munduruku stellvertretend für ihr Volk den Äquator Preis der Vereinten Nationen erhalten für die Verteidigung der Traditionellen Völker. <http://amazonwatch.org/news/2015/0930-brazilian-indigenous-resistance-movement-wins-prominent-un-environmental-prize>

Was können wir hier in Europa tun?

Die Ausschreibung des Staudammprojektes hat noch nicht stattgefunden. Deshalb sind die Betreiberfirmen noch nicht bekannt. Aber man nimmt an, dass es am Ende dieselben Firmen sein werden, die das Kraftwerk Belo Monte am Rio Xingu bauen.

Dort sind auch europäische Firmen beteiligt, gegen die sich unser Widerstand richten könnte: So hat z.B. die Münchener Rück Versicherung 25% die Haftung übernommen. 5 % der Schadenshaftung sind von der ALLIANZ abgedeckt. 1/3 der Turbinen wurden von Voith Hydro, einem Siemensableger aus Heidenheim geliefert. Mercedes Benz hat 100 LKW für 86 Mio. Euro geliefert. Deutsche Firmen sollten sich nicht an einem Projekt bereichern, der rechtlich, sozial und ökologisch so fragwürdig ist. Der Dachverband Kritische Aktionäre bringt diese Themen auf die Aktionärsversammlungen.

Mehr dazu bei: <http://www.kritischeaktionaeere.de/>

Ist der Widerstand gegen Belo Monte gänzlich gescheitert?

Auch wenn Belo Monte nun die Betriebserlaubnis erhalten hat, so hat der Kampf gegen Belo Monte doch auch etwas gebracht. Noch nie ist die Menschenrechtssituation im Rahmen von einem Staudambau so öffentlich gemacht worden. Die Regierungen wissen jetzt mehr als vorher, dass Ihnen auf die Finger geschaut wird. Belo Monte und all die anderen Staudämme des Amazonasgebiets produzieren nur Strom für die Zentren im Süden des Landes – São Paulo, Paraná etc. Zusätzlich versorgen sie stromfressende Industrien wie die Aluminiumherstellung in der Region.

Gibt es noch Hoffnung, die Tapajós-Pläne zu stoppen?

Belo Monte wurde gebaut, als es der brasilianischen Regierung ökonomisch gut ging. Es ist zu 100% aus öffentlichen Geldern finanziert, auch wenn es sich ökonomisch nicht rechnet, da nur 4 Monate im Jahr genügend Wasser vorhanden ist, um Strom zu erzeugen.

Derzeit ist die ökonomische Situation in Brasilien anders. Es besteht die Gefahr, dass die BRICS Staaten einspringen und ein Projekt am Tapajós mitfinanzieren. Die Ausschreibung des Staudammprojektes hätte eigentlich 2015 stattfinden sollen. Jetzt ist sie schon auf 2016 verschoben. Deprimiert sein im Kampf gegen die Staudämme hilft uns und der Zielgruppe derzeit sehr wenig, wir müssen jetzt schauen, ob wir international richtig aufgestellt sind.

Aus Brasilien kommt eine Petition, die KoBra in Deutschland verbreitet hat: <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/petition-fuer-auto-demarkation-der-munduruku>

Können in den Widerstand noch mehr Akteure eingebunden werden?

Die großen Umweltorganisationen Greenpeace und WWF arbeiten nun auch zu Menschenrechtsfragen, wobei Marquinho schlechte Erfahrungen mit dem WWF schildert, die Umweltorganisation hatten für die Regierung eine Studie zu möglichen Orten für die Errichtung von Staudämmen am Tapajos erstellt, ohne die Munduruku zu konsultieren.

Avaaz ist ein Medium, was man für Petitionen nutzen könnte, ist aber nicht unumstritten.

<https://www.campact.de/> ist eine Alternative mit einem großen Verbreitungsraum.

Der internationale/deutsche Widerstand gegen die Errichtung des Staudamms Tapajos braucht ein Kampagnenbüro, um strategisch und mit Struktur einen effektiven Kampf zu führen.

Marquinho bittet, dass bei einer internationalen Begleitung des Widerstandes immer der direkte Kontakt zu den Akteuren vor Ort gesucht wird.